

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Landesverband Niedersachsen,
Kreisgruppe Stade im **HANS-KELM-HAUS**
Am Bohrfeld 8 • 21684 Stade • ☎ 04141/63333 • 📠 04141/63435
Internet: www.bund-stade.de • e-Mail: Kontakt@BUND.Stade.net

Anlage : Biogasanlagen

Flächenpotential für Energiepflanzen, insbesondere für Mais:

In Anbetracht der Tatsache, dass der **stetig anwachsende Pflanzenanbau für die Energienutzung gegenüber dem Pflanzenanbau für Nahrung mittlerweile in einigen Regionen zu einer erheblichen Ausweitung von Maismonokulturen** geführt hat, sollten Überlegungen angestellt werden, welche Möglichkeiten bestehen, hier steuernd einzugreifen um diesem Trend entgegen zu wirken. (Vergl. einige LK´s im Münsterland, (knapp 50%), aber auch LK Rothenburg in Niedersachsen mit hohen Wachstumsraten des Maisanbaus.) Gelingt es nicht, diesen Trend zu stoppen, wird eine weitere - aus Sicht des Naturschutzes, Bodenschutzes, Landschafts- und Gewässerschutzes - unerwünschte Intensivierung der Landwirtschaft für mindestens 18 Jahre zementiert (Laufzeit EEG).

Der momentane Tierfutterbedarf (pflanzliches Eiweiß) in der deutschen Landwirtschaft kann trotz ständig gestiegenem Futtermaisanbau nur zu ca. 20% abgedeckt werden. 80% des Tierfutters (i.d.R. Soja) müssen importiert werden. Dabei stellt sich die Frage, ob nicht eine weitere Verdrängung der Getreideproduktion für Nahrungsmittel zugunsten von Energiepflanzen zu einer neuen Abhängigkeit bei den Rohstoffen für die Nahrungsmittelproduktion führen wird und diese fast nur noch durch Importe befriedigt werden kann.

Die angestrebte energetische Unabhängigkeit von der fossilen Energie würde mit einer neuen Abhängigkeit auf dem Rohstoffsektor für Nahrungsmittel eingebüßt.

Ohne an dieser Stelle auf die oft fragwürdigen und fehlgeleiteten Förderkulissen und Rahmenbedingungen der Europäischen Union für die Landwirtschaft einzugehen, sollte der Frage nachgegangen werden, ob momentan überhaupt zusätzliches Ackerland für die Produktion von Biomasse (insbesondere Mais) wie sie die z.Z. 8 Antragsteller für ihre Anlagen benötigen, im Landkreis Stade überhaupt zur Verfügung stehen.

Der BUND geht davon aus, dass schon jetzt ein unausgewogenes Verhältnis an geeigneten Ackerstandorten und dem Bedarf an Flächen für Energiepflanzen besteht. (Die plötzlich steigenden Pachtpreise bis zu 1000 € Jahrespacht pro ha bestätigen diese Annahme.) Es besteht die Gefahr, dass ein zusätzlicher, großer Bedarf an Ackerboden generiert wird, der durch den Umbruch von (z.Z. noch durch VO geschütztem) Dauergrünland befriedigt werden soll.

Der Umbruch von Grünland hätte nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen eine absolut verschärfende Auswirkung auf die CO₂-Immission und würde den Klimawandel weiter beschleunigen.

Damit würden die ursprünglichen Ziele einer nachhaltigen, umweltschonenden und klimaneutralen Energiestrategie durch die energetische Nutzung von Biomasse konterkariert.

Biogene Reststoffe, statt Maisanbau:

Statt den Maisanbau mit seinen negativen Auswirkungen auf Bodenfruchtbarkeit, Wasserhaushalt und das Naturpotential weiter zu forcieren, plädiert der BUND dafür, dass die Verwendung von biogenen Reststoffen Vorrang vor der Erzeugung von Biomasse hat. Im Sinne der Kreislaufwirtschaft sollte die Nutzung von biogenen Abfällen aus der Lebensmittelverarbeitung, organischen Siedlungsabfällen und Reststoffen aus der Holzverarbeitung etc. Vorrang vor dem Anbau von Biomasse haben. Gemeinsam bilden sie das Gesamtpotential der Bioenergienutzung.

Keine gentechnisch veränderte Pflanzen:

Die Bioenergienutzung darf nicht als Einstieg in den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen dienen. Die Risiken des Einsatzes der Gentechnologie durch nichtrückholbare Auskreuzung, Vermischung von Transgenen und Giftwirkungen auf Insekten und das Bodenleben besteht unabhängig davon, ob diese Pflanzen für die Nahrungsmittel- oder die Energienutzung angebaut werden.

Ein freiwilliger Verzicht wäre schon deshalb von Vorteil, um langjährigen juristischen Auseinandersetzungen mit nicht kalkulierbaren Schadensersatzforderungen aus dem Wege zu gehen.

Kein Biomassetourismus:

Die Biomasse sollte aus der Region kommen, um „Biomassetourismus“ zu vermeiden. Ein besonderer Vorteil der Nutzung nachwachsender Rohstoffe liegt in der Verwendung heimischer Potentiale. Um zusätzliche Umweltbelastungen durch Transport und Verkehr zu vermeiden und die Wertschöpfung bei örtlichen Erzeugern zu sichern, hat die Verwendung regionaler Rohstoffe Vorrang vor dem Transport über große Entfernungen.

Unsere Einschätzung wird auch durch die neusten Erkenntnisse des Positionspapiers des Bundesamt für Naturschutz (BfN) vom Feb. 2010 unterstützt.